

hinterenrechtskonvention vor- schreibt. Bauer nannte dies „eine der zentralen bildungspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre“.

Bisher werden in Deutschland nur rund 15 Prozent der Kinder in Sonderschulen unterrichtet.

Zuletzt besuchten mehr als 400.000 Kinder eine Sonderschule. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2006 in New York verabschiedet wurde, fordert die Integration von Kindern mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem.



die tageszeitung

NR. 8832
11. WOCHEN
31. JAHRE GANG
AUSGABE BERLIN
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND
MITTWOCH, 11. MÄRZ 2009

... Schulen.
... deutsche Sonderschulen.

... einfordern. Bis-
... gibt es nur in Bremen einen
Rechtsanspruch auf gemeinsa-
men Unterricht.

... Doch selbst dann werde
Umbau zu einem inklusiven Bil-
dungssystem mindestens bis
2020 dauern, so Bauer. Schließ-
lich müssten Lehrkräfte ge-

... werden.
... sonderpädagogisch ist
gescheitert, sondern das System
'Sonderschule', sagte Bauer.

Die Grünen im Bundestag ha-
ben vor kurzem ein Gutachten
vorgelegt, wonach bis 2020 alle
Sonderschulen aufgelöst werden
könnten. Laut dem Papier des
Forschungsinstituts für Bil-

... euro kosten.
... eine Abschaffung restlos aller
Sonderschulen fordert der Sozi-
alverband hingegen nicht. In
manchen Fällen – etwa bei
schwer und mehrfach behinder-
ten Kindern – könne der Besuch
einer Förderschule auch in Zu-
kunft der bessere Weg sein. Aber
in den meisten Fällen, so Bauer,
sei die Sonderschule „eine Sack-
gasse für die Kinder“.

... teite das Au-
... zung hatte die Seeräuber
... nem fehlgeschlagen
... auf einen deutschen Frach-
... Golf von Aden festgesetz-
... raten müssen sich nun
... nem Abkommen zwischen
EU und Kenia vor einem
... schen Gericht verantwort-
... hatten erfolglos das
... schiff „MV Courier“ einer
... burger Reederei attackiert

Abschiebepolitik hat nicht selten tödliche Folgen

Die Antirassistische Initiative Berlin sammelt Fälle, in denen Abschiebehäftlinge unmenschlich behandelt werden

BERLIN taz ■ Warum David S. am 16. Juli 2008 in der Justizvollzugsanstalt Nürnberg nicht gerettet werden konnte, wird sich vielleicht nie mehr klären lassen. Der 23-Jährige hatte sich mit einer Kasserlinge die Pulsadern aufgeschnitten und kurz danach um Hilfe gerufen. Doch erst nach knapp 30 Minuten trafen Sanitäter ein und begannen mit der Notfallversorgung. Kurz danach wurde der junge Mann bewusstlos und starb an dem hohen Blutverlust.

Dass der Fall nach fast acht Monaten einer größeren Öffent-

lichkeit bekannt wird, ist der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) zu verdanken.

Eine kleine Gruppe von Aktivistinnen sammelt und prüft akribisch alle Meldungen über Gewalt gegen Flüchtlinge und stellt eine jährlich aktualisierte Dokumentation über die „bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ zusammen.

In die kürzlich erschienene 16. Ausgabe wurde auch der Tod von David S. aufgenommen. Der 15-Jährige war mit seinen Eltern aus Armenien nach Deutschland

gekommen. Während seine kranken Eltern Ersatzpässe bekamen, trieben die Ausländerbehörden die Abschiebung von David S. kurz nach seiner Volljährigkeit voran. Er musste die Eltern verlassen und in eine Sammelunterkunft ziehen.

Als er dann wegen des Verdachts auf Beteiligung an einem Überfall in Untersuchungshaft kam, durfte er seine Eltern weder sehen noch mit ihnen telefonieren. Seine selbstzugefügten Verletzungen waren deswegen wohl eher eine Verzweiflungstat als ein Todeswunsch. Bisher ist über

die Strafanzeige, die die Eltern von David S. gegen die JVA-Beamten und das medizinische Personal wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung gestellt haben, noch nicht entschieden.

In der ARI-Dokumentation werden auch mehrere Fälle von Abschiebungen nach Selbstmordversuchen aufgelistet. Darunter ist der Fall eines 20-jährigen Kurden, der sich in Regensburg in der Abschiebehäft anzündete. Er überlebte. Zwei Wochen später wurde er in die Türkei abgeschoben, wo er mehr-

mals festgenommen und nach eigenen Angaben beim Verhör geschlagen wurde. Auch ein albanischer Flüchtling wurde kurze Zeit nach einem Suizidversuch am 1. Mai 2008 in das Kosovo abgeschoben.

Als die Antirassistische Initiative Berlin Anfang der Neunzigerjahre mit der Dokumentationsarbeit begann, standen die Angriffe von Neonazis auf Flüchtlinge im Vordergrund. In den letzten Jahren rückten die tödlichen Folgen von Abschiebungen und Abschiebehäft in den Mittelpunkt. Die ARI-Mitarbeiterin Elke Schmidt sieht im Fehlen von Menschenrechtsschutz für Flüchtlinge in Deutschland ein „Grundproblem“.

PETER NOWAK

Visa-Warndate vorerst vom Tisch

BERLIN dpa ■ Die von der Koalition geplante Warndate gegen den Visums-Missbrauch vorerst gescheitert. Der Innenminister Dieter Wiefels sagte am Dienstag, seine „sehe weiteren Gesprächs“. Das Projekt habe Mehrheit im Bundesrat, wo FDP, Grüne und Linkspartei gegen ausgesprochen haben. „Ich habe keine Lust, bei einer Niederlage ein unternes Projekt voranzutreiben“, sagte Wiefelspütz. Der Entwurf des Bundesinnenministeriums hätte eigentlich am Mittwoch im Kabinett

Heftiger Streit unter Datenschützern

Vom AK Vorrat spaltet sich ein Aktionsbündnis ab. Der Newcomer stiftet Verwirrung

FREIBURG taz ■ Der bisher so erfolgreiche Arbeitskreis Vorratstetens

räumt ein, dass er häufig ohne Absprache gehandelt hat. Wenn

Angst“ war immer das Motto der AK-Demos. Auf dem

Ihr Geld ...
bewegt etwas

246 Talente ...
haben sich beworben

Zum 30. Geburtstag der taz am 17. April

Der taz-Workshop „Qualitätsjournalismus“